ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 03. - 05. Mai 2024

*Antragsteller*in:* *Jakob Lindenthal, KV Dresden*

Tagesordnungspunkt: *TOP 7 Antragsberatungen*

A2: Wirksame Verteidigungsfähigkeit und nachhaltige Unterstützung für die Ukraine jetzt forcieren!

Antragstext

Wirksame Verteidigungsfähigkeit und nachhaltige Unterstützung für die Ukraine jetzt forcieren!

Aktuelle Kriegssituation

Mehr als zwei Jahre nach dem Beginn der russischen Vollinvasion sind die Fronten weitgehend statisch. Das Fehlen von Material und zunehmend auch Personal auf der ukrainischen Seite führt zusehends zu einer Situation, in der die russischen Streitkräfte die Initiative ergreifen können und der Ukraine einen Zermürbungskrieg aufzwingen, der sowohl das Gefechtsfeld als auch zivile Infrastruktur und das Alltagsleben betrifft. Durch die größere mobilisierbare Bevölkerung, große quantitative Materialreserven und die absolute Befehlsgewalt einer Diktatur wird sich die aktuelle Situation ohne eine massive Stärkung der ukrainischen Armee nicht ändern und die Ukraine droht unverschuldet in einen unabsehbaren Abnutzungskampf gezogen zu werden. Angesichts der für die russischen Führung im Rahmen ihrer autoritären Kriegsökonomie günstigen Ausgangslage ist derzeit keine glaubwürdige und nachhaltige diplomatische Beendigung des Kriegs in Aussicht. Die russischen Drohungen mit einer Eskalation in einen Atomkrieg sind willkürlich und entbehren jeder rationalen Grundlage. Die strategische Gesamtsituation ist derzeit unberechenbarer als beispielsweise im Kalten Krieg, doch geht die Unberechenbarkeit allein vom russischen Regime aus und kann auch durch Appeasement höchstens scheinbar, aber nicht strukturell verringert werden. Deshalb werden die Drohungen im Folgenden als nicht handlungsleitend betrachtet.

Folgen des fortgesetzten Angriffskriegs Russlands für die Ukraine

Durch den Angriff Russlands wird die Ukraine ihrer legitimen, souveränen

Entwicklungsmöglichkeiten beraubt. Millionen Menschen wurden bereits vertrieben und zum Opfer verschiedener Arten schwerwiegender Gewalt durch das russischen Militär und das zivile Verwaltungssystem der russischen Diktatur. Die zehntausenden Ermordeten, Gefallenen und Verwundeten hinterlassen Schmerz und Traumata in ihren sozialen Umfeldern. Auf der politischen Ebene führt der Krieg notwendigerweise zu einer Stagnation demokratischer Reformen in der Ukraine, da die Kriegsführung im Angesicht der massiven Bedrohung zentral organisiert werden muss. Insgesamt beraubt der Krieg die ukrainische Nation der Möglichkeit, ihren selbstgewählten Pfad in eine freiheitlich-demokratische, europäische Zukunft zu beschreiten.

Globale Folgen und Konsequenzen für den demokratischen Teil Europas

Von der bisher nicht gelungene Eindämmung der russischen Aggression und die sich offenbarenden Materialengpässe und Uneinigkeit bei der Unterstützung der Ukraine geht das verheerende Signal an gewaltbereite autoritäre Staaten weltweit aus, dass es keine Allianz demokratischer Staaten gibt, die bereit ist, die Demokratie glaubwürdig vorbeugend zu schützen und im Angriffsfall wirksam zu verteidigen. Da die meisten demokratischen Staaten vom Ausmaß der Bedrohung überrascht und überfordert wurden, wird akuter Nachbesserungsbedarf im Bereich der nationalen und staatenübergreifenden militärischen Verteidigungsfähigkeit deutlich sichtbar. Dieses Zeitfenster hoher Verwundbarkeit im Bezug auf territoriale Verteidigung birgt ein hohes Eskalationsrisiko angesichts weiterer denkbarer Angriffsszenarien autoritärer Staaten auf ihre Nachbarn, wie ein möglicher Annexionsversuch Chinas gegenüber Taiwan oder ein Angriff des Iran auf Israel. Insgesamt schadet die schwache Verteidigungsallianz der demokratischen Staaten weltweit dem Ansehen der Demokratie und führt das inkonsequente Sanktionsregime gegenüber Russland sogar zu einem Erstarken autoritärer Allianzen, die weltweit eine Gefahr für die Demokratie und nachhaltige menschliche Entwicklung darstellen.

Kritik am Vorgehen der Bundesregierung

Trotz der vor mehr als zwei Jahren ausgerufenen Zeitenwende befindet sich die Bundeswehr und befinden sich die europäischen Streitkräfte weiterhin in einem strukturell dysfunktionalen Zustand. Die Beschaffungs- und Rekrutierungsgeschwindigkeit ist der Bedrohungslage in keiner Weise angemessen. Insbesondere die Organisation von Materialbeschaffung trägt in keiner Weise der Verlust- bzw. Verbrauchsrate Rechnung, die derzeit auf dem Gefechtsfeld in der Ukraine zu beobachten bzw. für Deutschland im Verteidigungsfall zu erwarten ist. Genehmigte Nachbeschaffungen einer niedrigen zweistelligen Zahl an Kampfpanzern bzw. Grundsteinlegungen für Munitionsfabriken, deren Zielproduktionsmengen im Vergleich zum derzeitigen Munitionsverbrauch der ukrainischen Streitkräfte marginal sind, genügen lediglich für Symbolpolitik. Ohne Zweifel waren westliche

Materiallieferungen für die ukrainischen Streitkräfte entscheidend für das Stoppen des russischen Vormarschs, doch das Volumen und die Qualität der gelieferten Waffen und sonstigen Systeme fällt immer weiter hinter die Erfordernisse des legitimen Verteidigungskampfes der Ukraine zurück. Insbesondere brauchen die ukrainischen Streitkräfte dringend mehr Marschflugkörper und sonstige Präzisionswaffen, mit denen russische Kräfte weit hinter der Front getroffen und Bewegungen auf dem Land, zu Wasser und in der Luft unterbunden werden können. Doch statt die Ukraine wirksam zu unterstützen, betreibt die Bundesregierung unter der Führung des Kanzleramts eine Starker-Mann-Symbolpolitik nach innen sowie ein unausgesprochenes Appeasement gegenüber dem russischen Regime, dessen Angst-Narrative oftmals in der Kommunikation der Bundesregierung übernommen und somit in der deutschen Öffentlichkeit verbreitet werden. Das ist strategisch unverantwortlich und politisch unnachhaltig. Insgesamt fehlt bei der in Erfahrung zu bringenden Strategie der Bundesregierung an Szenarien und realisierbaren Handlungsansätzen, wie sich der Krieg entwickeln kann, welche Handlungspfade zur Verfügung stehen und ggf. mit welchem Ressourceneinsatz beschritten werden können. Es existiert über zwei Jahre nach dem Kriegsbeginn keine umfassende, tragende Strategie, wie mit aktiver Beteiligung Deutschlands die europäische Friedensordnung wiederhergestellt werden kann. Für eine wehrhafte Demokratie kommt die derzeitige Regierungsarbeit einem Armutszeugnis gleich.

Forderungen und Ausblick

Deutschland braucht klare Szenarien und Ziele bei der Erreichung seiner Verteidigungsbereitschaft im Rahmen der EU und der Nato. Die Ziele müssen mit Ressourcen und Maßnahmen hinterlegt sein, die sich in Umfang und Zeithorizont am Bedarf richten und nicht an der politischen Opportunität. Das Ziel bei der Unterstützung der Ukraine muss mindestens sein, im Jahr 2024 signifikanten russischen Vormarsch und Erholung der russischen Kräfte zu verhindern und darüber hinaus in den Folgejahren legitime ukrainische Gegenoffensiven zur Befreiung besetzten Staatsgebiets zu ermöglichen. Diese Maßnahmen werden es wahrscheinlich erfordern, über das Zwei-Prozent-Ausgabenziel und das Sondervermögen hinauszugehen und können z.B. eine rasche Wiedereinführung des Wehrdienstes erfordern sowie gesetzliche Änderungen und operative Maßnahmen zur Bereitstellung von zusätzlichen Industrieressourcen zur Rüstungsproduktion. Keine dieser Maßnahmen ist angenehm oder politisch risikofrei. Doch die Realität richtet sich nicht nach weltanschaulichen Präferenzen oder Zahlenvorgaben zum Verteidigungshaushalt. Für die genannten strategisch wichtigen Maßnahmen hat die Bundesregierung nun zwei Jahre weitgehend ungenutzt verstreichen lassen. Wir erkennen die realistische, für eine wehrhafte Demokratie eintretende Grundhaltung der bündnisgrünen und liberalen Regierungsbeteiligten an. Doch wir mahnen dringend an, dass sporadische unzufriedene Kommentare zur sozialdemokratischen Sicherheitspolitik kein ausreichender grüner Beitrag zur

Verteidigung der Demokratie sind. Nur aufmunitionierte Panzer auf dem Hof und flugfähige Kampfjets im Hangar sind die Sprache, die Diktaturen in dieser Gesamtlage verstehen. Es braucht zeitnah greifbare, einsatzfähige Ressourcen. Willensbekundungen gleich welcher Stärke im Parlament und im Kabinett genügen hier nicht. Es braucht jetzt Klartext und politische Druckmittel in der Regierungskoalition. Am Ende des Prozesses muss gesicherte, umfassende Unterstützung für die Ukraine stehen und eine nach realistischen Szenarien einsatzbereite Bundeswehr. Die SPD ist strukturell so schwach, dass sie sich keine Neuwahlen erlauben kann. Also ist es jetzt Zeit, für weitergehende Waffenlieferungen und wirksame Verteidigungsbereitschaft einzutreten ohne Scheu vor einer Koalitionskrise. Das Außenministerium muss sich auch dafür einsetzen, dass unsere Bündnispartner die Ukraine stärker unterstützen und ihren Versprechen nachkommen. Dafür gilt es jetzt in die diplomatischen Offensive zu gehen. Als Bündnisgrüne stehen wir unter den Regierungsparteien in Bezug auf Zustimmungswerte im Fall von Neuwahlen am robustesten da. Diese Robustheit müssen wir für die Verteidigung der Demokratie in Europa nutzen. Die Kosten für einen Kaltstart hin zu einer wehrhaften Demokratie sind hoch. Doch sie sind gering im Vergleich zum Schaden, der durch eine dauerhafte Erosion der internationalen Rechtsordnung und durch ein geopolitisches Klima der Rechtlosigkeit entsteht. Es kommt jetzt auf unser Regierungshandeln an. Die aktuelle Situation ist ein Prüfstein für unser staatstragendes Selbstverständnis. Deshalb unser Ruf an alle grünen Regierungsmitglieder und Fraktionsmitglieder: Die Demokratie muss von uns verteidigt werden. Wir stärken euch den Rücken. Packt es an!

Begründung

Nach der russischen Vollinvasion in der Ukraine ab dem 24. Februar 2024 befindet sich der Krieg im dritten Jahr. Durch den entschlossene Verteidigungskampf der ukrainischen Streitkräfte und Zivilgesellschaft und die substanzielle materielle und organisatorische Unterstützung demokratischer Staaten weltweit ist es gelungen, eine Zerschlagung und dauerhafte Unterdrückung des gesamten ukrainischen Staates zu verhindern. Dennoch haben sich die Anstrengungen als ungenügend erwiesen, um die russische Invasionsarmee zurückzuschlagen und die Herrschaft des Völkerrechts wieder zu etablieren. Die russische Diktatur mobilisiert sämtliche ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen, um den Krieg zu gewinnen. Für die kommenden Monate und Jahre scheinen ihr nach den vorhandenen nachrichtendienstlichen Erkenntnissen genug Ressourcen zur Verfügung zu stehen, um ihren völkerrechtswidrigen und auf Äußerste grausamen Feldzug fortzusetzen. Es sind weitere russische Offensivaktionen zu erwarten, welche zur Zerstörung und Besetzung weiteren, noch freien ukrainischen Gebiets führen können. Derzeit ist nicht zu erkennen, dass die russische Seite zu ernsthaften Verhandlungen bereit ist, insbesondere nicht, weil es keine militärische Ultima Ratio gibt, die den maßlosen und unberechtigten Forderungen des russischen Regimes Einhalt gebietet. Dies muss uns die Erfahrung mit dem Appeasement diktatorischer Regime aus der Vergangenheit lehren.

Vor dem Hintergrund dieser Sachlage werbe ich darum, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationales des Bündnis 90/Die Grünen die im Antrag dargelegte Situation anerkennt und der bündnisgrünen Bundestagsfraktion und den grünen Regierungsmitgliedern mit Nachdruck den Rücken stärkt, die konsequente und zeitnahe Stärkung der Bundeswehr und nachhaltige Unterstützung der Ukraine zu forcieren. Die grausame Kriegsrealität richtet sich nicht nach den Vorsätzen, mit denen wir 2021 Wahlkampf betrieben und eine Regierungskoalition gebildet haben. Jetzt kommt es auf greifbare Sicherheitsinstrumente und eine klare, realisierbare militärische Ultima Ratio gegenüber der skrupellosen russischen Diktatur an, sonst wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten das Konzept Demokratie weltweit irreparablen Schaden erleiden. Die Folgen wären nicht nur militärtaktisch, sondern insbesondere sozial, für die Umwelt und sozial schwache Gruppen verheerend. Deshalb liegt es jetzt an uns, entschieden für grüne Werte einzustehen. Diese müssen als tiefste Grundlage den Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit beinhalten, sonst ist kein Platz für weitergehende Konzepte.